

Die „Vorkämpfer“ erscheinen täglich zweimal, Sonntags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Arenen-Welt“ und „Der Jugend-Gemeinde“. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Abnahme im Voraus monatlich 21.- M. in den Monatsheften, in voraus zahlbar. Mit Vorbehalt können einzelne Beilagen für längere Zeit aus dem Abonnement ausgespart werden. Unter Streifenbogen in Deutschland, Leningrad, das Saar- und Memelgebiet sowie die rüderen deutschen Gebiete, Ostpreußen und Vorpommern 21.- M., für das übrige Ausland 22.- M.

Die eingetragenen Anzeigen sind über deren Namen nach: 1. in der ersten Anzeigenliste, 2. in der zweiten Anzeigenliste, 3. in der dritten Anzeigenliste, 4. in der vierten Anzeigenliste, 5. in der fünften Anzeigenliste, 6. in der sechsten Anzeigenliste, 7. in der siebten Anzeigenliste, 8. in der achten Anzeigenliste, 9. in der neunten Anzeigenliste, 10. in der zehnten Anzeigenliste, 11. in der elften Anzeigenliste, 12. in der zwölften Anzeigenliste, 13. in der dreizehnten Anzeigenliste, 14. in der vierzehnten Anzeigenliste, 15. in der fünfzehnten Anzeigenliste, 16. in der sechzehnten Anzeigenliste, 17. in der siebenzehnten Anzeigenliste, 18. in der achtzehnten Anzeigenliste, 19. in der neunzehnten Anzeigenliste, 20. in der zwanzigsten Anzeigenliste, 21. in der einundzwanzigsten Anzeigenliste, 22. in der zweiundzwanzigsten Anzeigenliste, 23. in der dreiundzwanzigsten Anzeigenliste, 24. in der vierundzwanzigsten Anzeigenliste, 25. in der fünfundzwanzigsten Anzeigenliste, 26. in der sechsundzwanzigsten Anzeigenliste, 27. in der siebenundzwanzigsten Anzeigenliste, 28. in der achtundzwanzigsten Anzeigenliste, 29. in der neunundzwanzigsten Anzeigenliste, 30. in der dreißigsten Anzeigenliste, 31. in der einunddreißigsten Anzeigenliste, 32. in der zweiunddreißigsten Anzeigenliste, 33. in der dreiunddreißigsten Anzeigenliste, 34. in der vierunddreißigsten Anzeigenliste, 35. in der fünfunddreißigsten Anzeigenliste, 36. in der sechsunddreißigsten Anzeigenliste, 37. in der siebenunddreißigsten Anzeigenliste, 38. in der achtunddreißigsten Anzeigenliste, 39. in der neununddreißigsten Anzeigenliste, 40. in der vierzigsten Anzeigenliste, 41. in der einundvierzigsten Anzeigenliste, 42. in der zweiundvierzigsten Anzeigenliste, 43. in der dreiundvierzigsten Anzeigenliste, 44. in der vierundvierzigsten Anzeigenliste, 45. in der fünfundvierzigsten Anzeigenliste, 46. in der sechsundvierzigsten Anzeigenliste, 47. in der siebenundvierzigsten Anzeigenliste, 48. in der achtundvierzigsten Anzeigenliste, 49. in der neunundvierzigsten Anzeigenliste, 50. in der fünfzigsten Anzeigenliste, 51. in der einundfünfzigsten Anzeigenliste, 52. in der zweiundfünfzigsten Anzeigenliste, 53. in der dreiundfünfzigsten Anzeigenliste, 54. in der vierundfünfzigsten Anzeigenliste, 55. in der fünfundfünfzigsten Anzeigenliste, 56. in der sechsundfünfzigsten Anzeigenliste, 57. in der siebenundfünfzigsten Anzeigenliste, 58. in der achtundfünfzigsten Anzeigenliste, 59. in der neunundfünfzigsten Anzeigenliste, 60. in der sechzigsten Anzeigenliste, 61. in der einundsechzigsten Anzeigenliste, 62. in der zweiundsechzigsten Anzeigenliste, 63. in der dreiundsechzigsten Anzeigenliste, 64. in der vierundsechzigsten Anzeigenliste, 65. in der fünfundsechzigsten Anzeigenliste, 66. in der sechsundsechzigsten Anzeigenliste, 67. in der siebenundsechzigsten Anzeigenliste, 68. in der achtundsechzigsten Anzeigenliste, 69. in der neunundsechzigsten Anzeigenliste, 70. in der siebenzigsten Anzeigenliste, 71. in der einundsiebzigsten Anzeigenliste, 72. in der zweiundsiebzigsten Anzeigenliste, 73. in der dreiundsiebzigsten Anzeigenliste, 74. in der vierundsiebzigsten Anzeigenliste, 75. in der fünfundsiebzigsten Anzeigenliste, 76. in der sechsundsiebzigsten Anzeigenliste, 77. in der siebenundsiebzigsten Anzeigenliste, 78. in der achtundsiebzigsten Anzeigenliste, 79. in der neunundsiebzigsten Anzeigenliste, 80. in der achtzigsten Anzeigenliste, 81. in der einundachtzigsten Anzeigenliste, 82. in der zweiundachtzigsten Anzeigenliste, 83. in der dreiundachtzigsten Anzeigenliste, 84. in der vierundachtzigsten Anzeigenliste, 85. in der fünfundachtzigsten Anzeigenliste, 86. in der sechsundachtzigsten Anzeigenliste, 87. in der siebenundachtzigsten Anzeigenliste, 88. in der achtundachtzigsten Anzeigenliste, 89. in der neunundachtzigsten Anzeigenliste, 90. in der neunzigsten Anzeigenliste, 91. in der einundneunzigsten Anzeigenliste, 92. in der zweiundneunzigsten Anzeigenliste, 93. in der dreiundneunzigsten Anzeigenliste, 94. in der vierundneunzigsten Anzeigenliste, 95. in der fünfundneunzigsten Anzeigenliste, 96. in der sechsundneunzigsten Anzeigenliste, 97. in der siebenundneunzigsten Anzeigenliste, 98. in der achtundneunzigsten Anzeigenliste, 99. in der neunundneunzigsten Anzeigenliste, 100. in der hundertsten Anzeigenliste.

Verantwortlicher: Zentrum 152 30-152 39

# STREIFER

## Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

### Die Forderungen der Arbeiterschaft

#### Rundgebung der USPD.

Die Zentralleitung der U. S. P. D. erklärt zu der durch den Eisenbahnerstreik geschaffenen Lage:

In dem Vorgehen der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahner erblicken wir trotz gegenteiliger Versicherung der Regierung einen Angriff auf das Koalitionsrecht der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Der Streik der Eisenbahnbeamten geht zunächst nur der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Durch ihre Gegenmaßnahmen hat die Regierung das ganze Proletariat herausgefordert. Es ist Aufgabe der U. S. P. D., die Grundrechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu schützen.

Die U. S. P. D. fordert nach wie vor sofortige Aufhebung der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten.

Die U. S. P. D. fordert sofortige Verhandlungen mit den Eisenbahner-Gewerkschaften einschließlich der Organisation der streikenden Eisenbahnbeamten.

Die U. S. P. D. fordert Schutz des Achtstundentages, der durch die Pläne eines Arbeitszeit-Gesetzes in Gefahr ist.

Berlin, den 4. Februar 1922.

#### Die Zentralleitung der USPD.

#### Vorläufig kein Abbruch des Streiks

Nach eingehenden Informationen zum Streik der Eisenbahner können wir folgendes feststellen: Die Vermittlungsaktion der Spitzenverbände, die in einem gemeinsamen Aufruf zum Abbruch des Streikes aufrief und heute veröffentlicht wurde, hat nicht den Erfolg gehabt, der erhofft wurde. Die Lage ist ebenso verworren wie vor dem Eingreifen der freigewerkschaftlichen Großorganisationen. Aus den Kreisen der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner erfahren wir, daß ihre Mitglieder nicht im entferntesten daran denken, dem Streikabbruch Folge zu leisten. Der Aufruf erweckte innerhalb der Organisation der Reichsgewerkschaft nur ein ironisches Lächeln. Insbesondere denken die Lokomotivführer nicht daran, den Dienst aufzunehmen. Nach wie vor besteht der lebhafteste Wunsch auf Seiten der Reichsgewerkschaft, mit der Regierung zu unterhandeln. Verlangt wird aber, daß die Halsstarrigkeit der Regierung aufgegeben wird, und daß die Forderungen der Reichsgewerkschaftler berücksichtigt werden. Die Mitglieder der Reichsgewerkschaft werden auch nur dann sich bereit finden, den Streik abbrechen, wenn ein diesbezüglicher Aufruf von der eigenen Organisation an die Mitglieder gerichtet wird. Die allgemeine Streiklage im Reich ist daher unverändert. Das Einsehen der sogenannten Technischen Komitee hat an dieser Situation nichts zu ändern vermocht. Es wird im Gegenteil befürchtet, wie wir bereits vermerkt haben, daß durch unkundige Hilfskräfte mehr Schaden an den bahntechnischen Anlagen angerichtet wird, als sie nützen können.

Durch das Einstellen des Eisenbahnverkehrs ist innerhalb der Mitglieder der Reichsgewerkschaft in der Provinz eine gewisse Desorganisation eingetreten. So erfahren wir, daß die Mitglieder dieser Organisation in Verhete bei Hannover sich an den D. E. V., der freigewerkschaftlichen Eisenbahnerorganisation, wandten, um ihn zu veranlassen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Abbruch des Streiks keine Maßregelungen vorgenommen werden sollen. Ebenso wurde der dortige Vorstand des D. E. V. gebeten, Abgesandte zur Reichsgewerkschaft zu senden, um Aufklärung über die ganze Angelegenheit des Eisenbahnerkonflikts zu geben. Ähnliche Berichte liegen auch aus anderen Teilen der Provinz vor.

In Berlin ist die Lage unverändert. Die Eisenbahner aller Organisationen denken vorläufig nicht daran, den Streik abzugeben. Insbesondere sind sie der Auffassung, daß der Aufruf nicht die Garantien in sich birgt, die die Gewerkschaften zur uneingeschränkten Ausübung des Koalitionsrechts für notwendig erachten. Die Funktionäre des D. E. V. treten heute nachmittag zusammen, um Stellung zu nehmen und weitere Schritte zu ergreifen.

Angesichts all dieser Dinge muß festgestellt werden, daß der Streik der Eisenbahner noch nicht vor seinem Ende steht. Da die Mitglieder der Reichsgewerkschaft die Zusagen der Regierung nicht für genügend erachten, erweist es sich deshalb als notwendig, in neuerliche Verhandlungen mit der Regierung zu treten, um zu einem Ergebnis

zu kommen, das nicht nur die Forderungen der Reichsgewerkschaftler befriedigt, sondern auch zu einem Ende dieses Konflikts führt. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen werden nicht umhin können, nach wie vor Anstrengungen zu machen und als Unterhändler zu fungieren, um ein befriedigendes Ende des Eisenbahnerstreiks herbeizuführen.

#### Die Lage im Reich

Im Bezirk Hannover ist die Streiklage nach Mitteilung der Eisenbahndirektion im allgemeinen unverändert. Am Freitag sind 10 Hilfszüge, 3 Kohlenzüge und 22 gemischte Züge für den Arbeiter- und Berufsverkehr gefahren worden. Die Hauptbahnhöfe Hannover und Minden sind vom gesamten Personal verlassen worden.

In Cottbus ist das Lokomotivpersonal heute früh nicht zum Dienst erschienen. Damit ist der Verkehr im östlichen Teil des Direktionsbezirks Halle lahmgelegt.

Aus Dresden wird berichtet, daß der Personenverkehr im allgemeinen ruht, der von der Verwaltung ausgenommene Rotbetrieb für den Güterverkehr habe etwas erweitert werden können.

In Breslau haben außer dem größten Teil der Lokomotivführer und einem erheblichen Teil des Zugbegleitungspersonals nur wenige Beamte anderer Klassen den Dienst verweigert. Seit Donnerstag nachmittag 4 Uhr bis Freitag vormittag 8 Uhr gingen aus Breslau 28 Personenzüge ab und kamen 29 Personenzüge an. Die Berliner D-Züge fielen aus. Die Direktion Rattow wird Kohlenzüge abgeben.

In Königsberg (Ostpr.) ruht der D-Zugverkehr und der gesamte Rangierbetrieb. Nur Rotzüge wurden gefahren. Der Donnerstagabend abgegangene D-Zug nach Berlin ist zur Zeit noch in Marienburg. Die Danziger Züge fahren nur bis Dirschau. Der Verkehr durch den Korridor ist im wesentlichen gesperrt.

#### Streikbeschluss in Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt a. M., 4. Februar.

Die Urabstimmung der Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes über den Streik in Frankfurt hat bei 3400 Abstimmungsberechtigten folgendes Resultat: Für den Streik 2583 Stimmen, gegen den Streik 208 Stimmen, ungültig 38 Stimmen. Die erforderliche Mehrheit ist bei weitem erreicht. Eine Funktionärversammlung trat zusammen, um die aus der Abstimmung sich ergebenden Beschlüsse zu fassen. Die Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird die Streikführung übernehmen. Die Obsteue des Deutschen Metallarbeiterverbandes schlossen sich dem Protest gegen die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten an und erkannten die Forderungen der Eisenbahnbeamten als gerecht an, indem die Erwartung ausgesprochen wird, daß die maßgebenden Instanzen den Streitenden zu ihrem Recht verhelfen werden. Eine Funktionärversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes, Abteilung Post-, Telegraphie- und Fernsprechkonferenzen, forderte die sofortige Zurückziehung der Ausnahmeverordnung und erklärte sich bereit, im gegebenen Moment mit den Eisenbahnern solidarisch zu marschieren und eine geschlossene Front aller Reichs-, Staats- und Kommunalbediensteten herzustellen. Eine Funktionärversammlung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes beschloß, keinerlei Streikarbeit zu verrichten und einem Ruf der Zentralstelle zur Unterstützung der Aktion der Beamten sofort Folge zu leisten.

Zum Lokomotivführerstreik erhalten wir die Zuschrift eines Gelehrten, der in der Technik und Geschäftspraxis gut bekannt ist. Er schreibt:

In einer schlesischen Kleinstadt sprach ich vor Weihnachten mit einem Lokomotivführer. Der Mann war Familienvater, machte einen recht guten Eindruck, zeigte aber gesprächsweise den Ausbruch nahezu völliger Verzweiflung. Seine Frau ist krank, er hat eine Anzahl Kinder und legte dar, daß er tatsächlich, wenn er nach Hause kommt, nicht genug hat zu essen vorfindet. Er erläuterte mir das dahin, daß die Preise höher seien als in Berlin, eine Behauptung, die ich bestätigte, als ich einige Weihnachtsfeierläufe machen wollte, aber bemerkte, daß man in Berlin billiger und besser kauft. Zur Kennzeichnung der Stimmung des Mannes dient es, wenn man hört, wie er erzählt, daß er von Hause aus so erzogen sei, nicht eine fremde Stecknadel zu nehmen, leht es aber verstände, daß alle Leute schlafen, wo sie können er leht sei auch nicht mehr gegen eine Versuchung gewappnet und wühte nicht wie er sich der Annahme von Trinkgeldern gegenüber ufm. verhalten würde."

#### Sympathiebewegungen

Der Verband der Justizbeamten hat in einer seiner letzten Vorstandssitzungen, wie schon berichtet, den streikenden Eisenbahnbeamten eine finanzielle Unterstützung von 15 000 M. täglich zugesagt und außerdem eine Entschädigung gefordert, in der den Eisenbahnbeamten die Sympathie ausgesprochen wird.

In dieser Entschädigung erheben die Justizbeamten gleichfalls die Forderung auf Erhöhung der Grundgehälter und sprechen die Erwartung aus, daß der Deutsche Beamtenbund zur Durchsetzung seiner Dezemberforderungen, voriger Jahres, die also neuerlich aufgenommen werden sollen, zur Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel schreiten werde. Von den Justizbeamten wurde hierbei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß von ihrer Seite alle Maßnahmen getroffen würden, um den Deutschen Beamtenbund hierbei zu unterstützen.

Die Reichsgewerkschaft der Post- und Telegraphenbeamten hielt gestern nachmittag um 3 Uhr eine

Vorstandssitzung ab, um zu der durch den Eisenbahnbeamtenstreik geschaffenen Lage endgültig Stellung zu nehmen. Zu welchen Entschlüssen die Sitzung geführt hat, ist gestern nicht mehr bekannt geworden. Sicher wurde der Vorstand durch die gestern gepflogenen Verhandlungen, über die wir an anderer Stelle berichten, in seinen Entscheidungen beeinflusst.

Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten sendet uns folgende Entschlüsse:

Der Reichsverband der Verwaltungsbeamten spricht der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten für ihr mutiges Vorgehen im Interesse der Beamten und der gesamten Arbeitnehmerschaft Dank und Anerkennung aus und sichert ihr vollste Solidarität zu. Die Kollegenchaft der Gruppen 1-6 aller Verwaltungen harret des Augenblicks, in dem sie zum aktiven Eingreifen aufgerufen wird, um ihre praktische Solidarität zu beweisen.

#### Verbrecherisches Gesindel

Nationale Mörderbanden in Oberschlesien

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Die Vorgänge, die sich in der Nacht vom Montag zum Dienstag im Gleiwitzer Stadtteil Petersdorf abspielten, zeugen von außerordentlicher Feigheit und Verkommenheit der Täter sowie deren Hintermänner. Eine größere Anzahl Selbstschützer, „Mächtigkeits-“ und Stochtruppler, überfallen des nachts 2 Uhr die friedlich in ihren Betten liegenden französischen Wache. Sie umzingeln das Schulgebäude und die Turnhalle, in der sich die Wache, die aus ca. 120 Mann besteht, befindet, schließen von einem gegenüber liegenden Hausdach mit Maschinengewehren durch die Fenster der Schlafräume und werfen in diese Handgranaten. Die vor dem Gebäude stehende Wache hat man vorher ermordet. Die Zahl der Opfer ist amtlich noch nicht bekannt gegeben. Gerüchtelei sollen von den Soldaten 30 tot und schwer verletzt sein. Während auf Seiten der Verbrecher 4 Tote zu verzeichnen sein sollen.

Der Ueberfall wirkt ein großes Schlagsicht auf die in Oberschlesien herrschenden Zustände. Die scheinbar verbotenen Geheimorganisationen blühen und gedeihen hier. Fast täglich werden größere und kleinere Mengen Waffen aller Gattungen seitens der internationalen Truppen beschlagnahmt und immer wieder werden neue Waffensendungen hereingeschmuggelt. Erst vor zwei Wochen wurden im Gleiwitzer Schießhof zwei Waggonsendungen Karabiner, Munition und Maschinengewehre beschlagnahmt.

Der letzte Beweis, daß sogar die höhere Beamenschaft bei diesen Dingen die Hand mit im Spiele hat, ist der, daß eine der Hauptstützen die Staatliche Wagenwerkstatt in Gleiwitz ist. Dort wurden schon verschiedentlich Waffen beschlagnahmt. Auch bei der letzten Waffensuche wurde wieder ein größeres Quantum jutage gefordert. Der Bureauvorsteher Meier ist kündigt worden. Die Arbeiterschaft und der Betriebsrat in der Wagenwerkstatt ist offiziell organisiert, bietet also für das Orgeha- und Stochtrupplerwesen ein besonders dankbares Material. In der Lokomotivwerkstatt, wo die Arbeiterschaft und der Betriebsrat in der Hauptsache Anhänger der U. S. P. sind, sind bisher keine Waffen gefunden worden.

Die bürgerlichen Parteien bis in die Reihen der Rechtssozialisten empfinden infolge der verbrecherischen Tat arges Herz-Kommen. Sie sind in der Lage des Zauberschlammes. Die Geister, die sie riesen, können sie nicht mehr bannen. Als sich unsere Genossen seiner Zeit energisch gegen Bürgerwehr und Selbstschutz wandten und auf Bayern verwiesen, wurden sie als Verräter beschimpft und mit Ermordung bedroht.

Das Zentrumsorgan in Gleiwitz, die „Ober-schlesische Volksstimme“, rückt ganz energisch von den Verbrechern ab und schreibt unter anderem:

„Während die Reichspolizei erfolgreich den Gedanken der Verhöhnung in der Welt propagiert, zerdrücken nationalistische Hühner die Arbeit, die Dr. Wirth, Rathenau und Dr. Meyer in Paris so erfolgreich sprechend begonnen haben. Man denke sich die Rückwirkung der Petersdorfer Vorgänge auf die französische Bevölkerung. Die Chauvinistenpresse in Paris hat es leicht, angesichts dieser Vorgänge den ersten Verhöhnungswillen der Deutschen anzudeuten. Deswegen muß mit allem Nachdruck betont werden, daß weder die ober-schlesische Bevölkerung noch die Mehrheit des deutschen Volkes mit den Petersdorfer Attentätern etwas gemein haben will. Sie genießen bei uns keinerlei Sympathie (?), sondern im Gegenteil, ihre furchtbare Tat findet auch in unseren Kreisen nachdrückliche Verurteilung.“

So erfreulich dieses verpörrte Bekenntnis auch ist, so muß doch gesagt werden, daß es gerade Zentrumstreife gewesen sind, die mit den Nationalisten der äußersten Rechten zusammen dafür gesorgt haben, daß das militärische Verbrechergesindel sich in Oberschlesien eingenistet hat. Würde das Bürgertum dieses Gebietes von seinen Hochschöhen abhelfen, so wären solche Ereignisse wie in Petersdorf nicht möglich.

Der französische Botschafter in Berlin hat, wie die „V. P. N.“ hören, dem Reichsminister eine Aufklärung über die Vorgänge in Petersdorf bei Gleiwitz übergeben. Es handelt sich um eine Darstellung des Verlaufes der Schießerei in Petersdorf und verschiedener Waffensuche in Oberschlesien. Auf Grund des Tatbestandes hat der französische Botschafter darauf hingewiesen, daß an der Schießerei eine militärisch ausgebildete Geheimorganisation beteiligt sei, deren Wurzeln nach Mittel- und Niederschlesien reichen sollen. Im Namen der französischen Regierung hat er die Reichsregierung ersucht, bei den Feststellungen und der gerichtlichen Untersuchung der Vorfälle mitzuwirken. Der Reichsminister hat die Mitwirkung der deutschen Behörden bei der Aufklärung des Tatbestandes zugesagt.

# Poincaré über die auswärtige Politik

## Die Bedingungen für die Konferenz in Genua

Paris, 3. Februar.

Die Erklärungen Poincarés vor der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten bezogen sich, wie die Agence Havas meldet, 1. auf die Konferenz von Genua, 2. auf die deutsche Antwort an die Reparationskommission, 3. auf das französisch-englische Abkommen. Die Orient- und die Angorafrage ist sehr wenig zur Sprache gekommen, da die Verhandlungen zwischen London und Paris fortgeführt werden und man nichts in die Öffentlichkeit gelangen lassen will, bevor man zu einem grundsätzlichen Einverständnis gelangt ist. Im übrigen betonte Poincaré, daß er darauf gefaßt gewesen sei, daß ihm Fragen gestellt würden, er komme deshalb mit den Akten, die die Beweise für seine Behauptungen enthielten. Doumergue sagte, daß die Kommission durchaus der Ansicht sei, daß die bevorstehende Konferenz von Genua weder eine Revision der Friedensverträge, noch eine Verminderung der Frankreich geschuldeten Reparationen, noch einen Angriff auf den Völkerbund, noch die Zulassung der Sowjetdelegierten ohne wirksame Garantien für ihre Absichten mit sich bringen dürfe.

Poincaré legte alsdann seine Politik dar und sagte, er werde nur nach Genua gehen, wenn das Programm der Konferenz genau festgelegt und die Bedingungen gut formuliert seien. Die Einladung, die an die Sowjetregierung ergangen sei, sehe z. B. nicht fest, daß diese die Bedingungen ihrer Zulassung annehme, ihr Kommen würde also nur implizite die Annahme der Bedingungen bedeuten; in dieser Hinsicht müsse man sicher gehen. Die Konferenz von Genua werde übrigens bedeutend hinausgeschoben werden; die italienische Ministerkrise könne noch etwa 10 Tage dauern, und die Anwesenheit des italienischen Ministerpräsidenten sei unbedingt nötig. Man habe also noch Zeit zum Überlegen.

Weiter sprach Poincaré vom Völkerbund und von der Reparationskommission. Er erklärte, die französische Außenpolitik müsse sich auf die vollständige Aufrechterhaltung der Befugnisse der Reparationskommission und der Befugnisse des Völkerbundes stützen. Was den französisch-englischen Pakt anbelange, so würden die Verhandlungen bis jetzt mit voller Herzlichkeit weitergeführt. Bevor er Ministerpräsident geworden sei, habe er eine private Zusammenkunft mit Lloyd George gehabt, und die Unterredung über diesen Punkt sei mehr als freundschaftlich gewesen, was ein gutes Zeichen sei.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten machten, wie es zum Schluß des Havasberichts heißt, einen ausgezeichneten Eindruck.

# Frankreichs Schulden bei Amerika

EE. Paris, 4. Februar.

Zu der aus Washington eingetroffenen Meldung von der Annahme des Gesetzes über die Rückzahlung der Schulden im Repräsentantenhaus bemerkt das „Journal“, daß das neue Gesetz einen Kompromiß darstelle. Während der ganzen Debatte im Senat habe es sich darum gehandelt, ob der Präsident allein die Rückzahlung haben solle, mit den Ministern in dieser Angelegenheit zu verhandeln oder ob das Parlament eine dauernde Kontrolle über diese Verhandlungen ausüben solle. Indem man sich auf die Bildung einer fünfgliedrigen Kommission für diese Verhandlungen einigte, schlug man einen Mittelweg ein. Das Blatt berechnet dann, daß die 5 Milliarden Dollars, die die Alliierten von Amerika im Laufe des Krieges erhielten, zum gegenwärtigen Kurs 132 Milliarden Franken betragen würden. Frankreich, dem Amerika 13 750 Millionen Franken ließ, müßte 33 Milliarden Franken zurückzahlen, wobei die Zinsen nicht eingerechnet wären. Würden die Zinsen zu zahlen sein, würde sich die französische Schuld jährlich um 1 1/2 Millionen erhöhen. Diese Schuld lastet um so schwerer auf den Alliierten, als diese tatsächlich von Amerika kein Geld, sondern nur Kriegsmaterial im Werte von höchstens 20 Milliarden erhielten. Der Rest der ganzen Summe wurde zur Bezahlung der Arbeitskräfte und der Gewinne der Kriegserzeuger verwendet. Die Alliierten hätten also an wirklichen Werten nur 20 Milliarden Franken erhalten und sollen dafür 132 Milliarden zahlen.

# Der Generalstreik der tschechischen Bergarbeiter

Prag, 3. Februar.

Nach den Schätzungen der Bergarbeiterorganisationen beträgt die Zahl der streikenden Bergarbeiter in der Republik mit Einschluß der Slowakei 135 500 Mann. Durch den Streik erleidet der Staat einen täglichen Schaden von ungefähr 4 Millionen Kronen. Die Bahnen verlieren eine Frachgebühre von 4 1/2 Millionen Kronen täglich, der Lohnausfall beträgt 7 1/2 Millionen Kronen täglich. Bisher verläuft der Streik überall in voller Ruhe. Einzelne Industrieunternehmen haben bereits mit der Einschränkung ihrer Betriebe begonnen und den Arbeitern teilweise gekündigt. Im Okruker Revier umfaßt der Streik 45 Gruben mit 40 000 Arbeitern. Die Sicherheitsarbeiten in den Bergwerken werden überall durchgeführt. Den Elektrizitätswerken, humanitären Anstalten und Krankenhäusern wird durch Vermittelung der Bergarbeitervereine Kohle geliefert.

# SPD. und Steuerkompromiß

Vor den Fraktionären der S. P. D. sprach am Freitag Eduard Bernstein über das Steuerkompromiß und die politische Lage. Bernstein erkannte an, daß die Unabhängigen in dem Steuerausfluß eifrig und sachlich mitgearbeitet haben. Er schätzte so dann die Verhandlungen, die zum Kompromiß führten. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ erklärte er, daß die S. P. D. zunächst den demokratischen Antrag, die Volksparteier heranzuziehen, abgelehnt habe, und fast bis zuletzt seien die Verhandlungen ausschließlich mit den Koalitionsparteien geführt worden. Warum dann aber die Rechtssozialisten ihren Widerstand gegen die Hinzuziehung der Volksparteier aufgegeben haben, ist aus dem Bericht des „Vorwärts“ nicht zu ersehen. Das Aufgeben dieses Widerstandes aber war der erste Fehlschritt vor den Volksparteiern und mußte notwendigerweise ein unzulängliches Kompromiß zur Folge haben. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ hat dann Bernstein weiter erklärt:

Die Unabhängigen sind bereit, im Notfall für die Republik zu sterben, aber sie sind es nicht, ihr die Mittel zum Leben zu bewilligen (Zustimmung).

Wenn die Lage sich nicht ändert, muß man den Unabhängigen sagen, daß sie einen großen Teil Schuld an der jetzigen Lage tragen. Sie überlassen uns in allgemeinen die Arbeit, und wenn wir gekämpft und etwas zustande gebracht haben, dann reichen sie solche Kompromisse herunter. Schon vor 20 Jahren habe ich geschrieben: „Die Demokratie ist die Hochburg des Kompromisses.“

Diese Vorwürfe sind absolut unbegründet und finden ihre Widerlegung ja von selbst in dem Zugeständnis von Bernstein, daß die Unabhängigen in der Kommission alles getan haben, um die Steuervorlagen im Sinne der Arbeiterklasse zu verbessern. Das schließt von den Rechtssozialisten abgeschlossene Kompromisse aber wird ja von ihnen nur mit außerpolitischen Gründen verteidigt, daß es sozial und wirtschaftspolitisch völlig unzulänglich ist, dagegen auch von ihnen nicht bestritten. Das aber ist nicht die Folge der Haltung der Unabhängigen, die man ja vor vollendete Tatsachen gestellt hat, sondern die Schwäche der Rechtssozialisten, von denen die bürgerlichen Parteien wußten, daß sie, um die Regierung Witz zu halten, zu jedem feuerlichen Zugeständnis bereit waren.

In der Diskussion kam die Gegnerschaft gegen das Steuerkompromiß deutlich zum Ausdruck, auch wandte man sich scharf gegen die Antistreichverordnungen. Doch wurden mit großer Mehrheit zwei Resolutionen abgelehnt, die sich gegen das Steuerkompromiß wendeten.

# Der Kultusetat vor dem Hauptausschuß

Die Beratungen über den Kultusetat wurden am Mittwoch im Hauptausschuß des preussischen Landtages zu Ende geführt. Sie zeigten deutlich, daß die Koalition die Reaktion nicht zu verhindern mag. Bei den Abstimmungen funktionierte die Rechte als zuverlässig wirkende Ablehnungsmaschine allen Anträgen der Linken gegenüber, die auf eine fortschrittliche Entwicklung des Bildungswesens hinstellten. So wurden folgende Anträge unserer Fraktion abgelehnt: Die Forderung, für die Vermittlungsfreiheit ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, die wöchentliche Pflichtstundenzahl aller Lehrerkategorien gleichmäßig auf 24 Stunden festzusetzen, das gesamte Bildungswesen mit Einschluß der Berufsschulen dem Kultusministerium zu unterstellen, die Öffentlichkeit des Unterrichts und die kollegiale Schulleitung auch an den höheren Schulen zur Durchführung zu bringen, die täglichen Schulaufsichten abzuschaffen, die religiöse Freiheit der Lehrer sicherzustellen.

Die Gestalt der Aufbauschule wurde endgültig im reaktionären Sinne festgelegt. Genosse Holz forderte acht Volksschuljahre und vier Aufbaujahre. Die Mehrheit beschloß sieben Volksschuljahre und sechs Aufbaujahre. In seinen Ausführungen zum Kultusetat wies Genosse Holz nach, daß von einem Fortschritt des Volksschulwesens und des Volksschullehrerstandes nicht mehr geredet werden könne, daß beide immer tiefer nach unten gedrückt würden und die Einheitschule wie der einheitsliche Lehrerstand mit allen Mitteln verhindert würden.

# Die Reaktion an den Hochschulen

Am Freitag beriet der Hauptausschuß des preussischen Landtages über die Universitäten und Hochschulen. Minister Boeckh wurde nach der monarchistischen Demonstration des Professors Stumpp am 27. Januar im Anschluß an eine Vorlesung befragt. Der Minister verurteilte das Verhalten des Professors und wandte sich gegen den Mißbrauch der Lehrfreiheit zu monarchistischer Agitation. Wenn die Universitäten gern als Stätten des höchsten Idealismus gefeiert werden, so sind doch auch die Universitätsprofessoren dem nationalstaatlichen Zeitgeist zum Opfer gefallen. Ihre Befolgung nach Gruppe 12 und 13 genügt ihnen nicht, sie wollen höher hinaus. Herr Lauscher machte sich zum Sprachrohr ihrer Wünsche.

Genosse Wenzel begründete in der halben Stunde Redezeit, die ihm zu Gebote stand, unsere Anträge auf Unterstreichung mittelbarer Studenten durch studentische Arbeitsnachweise, Schaffung von Ledigenheimen, Abkürzung der Semestergeldern nach dem Steuerzensus des Vaters, Abschaffung des Doktorrats, Zusammenlegung der Verwaltungskörper der Universitäten auch aus Vertretern der Studierenden und der zuständigen Fachorganisationen. Weiter verlangte er die Hinzuziehung der Fachorganisationen und Studierenden bei Auswahl der Bewerber zur Habilitation an den Universitäten sowie die Aufhebung der Einbindungsgeldern von 50 M. in der Charité und den staatlichen Einbindungsanstalten. Sodann trat er lebhaft für die Bewilligung von Mitteln zur Bekämpfung der Tuberkulose und für Vorlesungen über die schädlichen Wirkungen des Alkoholenusses an den Universitäten ein.

# Die Haltung der städtischen Arbeiter

Am heutigen Vormittag trat die mit der Festsetzung des Streikbeginns betraute Kommission der städtischen Funktionäre zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen. In den Mittagstunden hatten die innerhalb der Kommission geschlossenen Besprechungen noch zu keinem Ergebnis geführt. Man wird vor einer Proklamierung des beschlossenen Streiks zunächst die Stellungnahme des Magistrats abwarten, der heute (hinter verschlossenen Türen) den Schlichtspruch und die Forderungen der Funktionäre behandelt.

# Die Ausbeuter der Erwerbslosen am Werk

Noch sind die Demobilisierungsbefestigungen und Verordnungen in Kraft; sie sollen wahrheitsgemäß am 1. 3. 22 aufgehoben werden, und schon sind die Ausbeuter der Erwerbslosen am Werk, deren Tätigkeit durch die Demobilisierungsbefestigungen bisher unterbunden war. Ein früherer gewerkschaftlicher Stellenvermittler Moldenhauer, dessen Konzeption natürlich längst erloschen ist, hat sein Gewerbe, Stellenvermittlung für das Gastwirtschaftsgewerbe, in der Jägerstraße 10, wieder aufgenommen. Die Wiederbelebung dieses idealen Gewerbes, das die Not der Arbeitslosen ausbeutet, findet natürlich sofort Unterstützer, die sich über alle bestehenden Tarifverträge glatt hinwegsetzen, die städtischen Arbeitsnachweise umgehen und unter Tarifbruch ihr Personal bei den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern beziehen. In welcher Weise die Herren ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, beweist am besten das Verhalten des obgenannten Moldenhauer, der einem arbeitslosen Rechner erklärte, es sei wohl wenig Aussicht vorhanden, in einem bestimmten Betriebe Arbeit zu bekommen, da bereits eine große Anzahl arbeitsloser Rechner 1000 für die Vermittlung dieser Stellung bei ihm deponiert (?) hätten.

Leider, so sagen gegenüber diesen gewerkschaftlichen Stellenvermittlern und den tarifbrüchigen Unternehmern die vielen den Verdiensten zuhauenden, sehr oft die Betriebsräte, die sich nicht genügend gegen die Einstellung solcher durch gewerkschaftliche Stellenvermittler placierten Arbeitslosen wehren. Diese Vorgänge müssen aber die Gewerkschaften und den A. D. G. S. veranlassen, mit aller Schärfe darauf zu dringen, daß die Demobilisierungsvorordnungen gegen die gewerkschaftliche Stellenvermittlung nicht eher aufgehoben werden, bis die Regelung des Arbeitsnachweiswesens durch das jetzt im Reichstag zur Beratung stehende Gesetz erfolgt ist. Es liegt im Interesse des Staates, der Erwerbslosenfürsorge und insbesondere der Erwerbslosen, daß der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung nicht die Gelegenheit gegeben wird, sich bis zum Erlaß des Arbeitsnachweisgesetzes, das unter Umständen Monate, ja sogar noch Jahre auf sich warten lassen kann, neu zu etablieren. Dem Kampf gegen die gewerkschaftliche Stellenvermittlung muß von allen Stellen der Arbeiterbewegung die nötige Beachtung geschenkt werden.

# Neuerungen beim Gewerbe- und Kaufmannsgericht

Zu den Streitigkeiten, die nach dem neuen Gesetz von dem Kaufmanns- und Gewerbegericht durchgeführt werden können, treten nunmehr auch die Ansprüche wegen Erteilung, Form und Inhalt einer Auskunft, die der Arbeitgeber Dritten gegenüber gegeben hat. Vor dem Gewerbegericht sind ferner die Streitigkeiten aus einer Vereinbarung wegen Unterlassung des Wettbewerbes nach Beendigung des Dienstverhältnisses, wie dies bisher schon bei den Kaufmannsgerichten der Fall war, geltend gemacht. Von besonderer Wichtigkeit ist die Vorchrift, daß Vertreter von Vereinigungen der Arbeitgeber oder Arbeiter, insbesondere Gewerkschaftsbeamte, als Prozeßvollmächtigte, soweit sie für Mitglieder der vertretenen Vereinigung auftreten und nicht außer für die Vereinigung oder ihre Mitglieder für andere Personen vor Gericht gegen Entgelt tätig werden. Dies gilt auch für Rechtsanwältinnen, die lediglich und ausschließlich als Sondici solcher Vereinigungen tätig werden.

Endlich bringt die Novelle neben einer verhältnismäßig geringen Erhöhung der Gebührensätze auch Bestimmungen, durch die

die Arbeitnehmerbeisitzer vor Lohn- oder Gehaltsausfall infolge ihrer Teilnahme an den Sitzungen geschützt werden. Das Berliner Gewerbe- und Kaufmannsgericht, das bereits jetzt 21 Kammern mit 20 Beisitzern umfaßt, erhält dadurch erhöhte Bedeutung. Es hofft den stark gesteigerten Umfang seiner Aufgabe durch vollständiges Miteinanderarbeiten aller beteiligten Beamtinnen und Beisitzer bewältigen zu können. Die beteiligten gewerblichen und kaufmännischen Kreise haben die Wichtigkeit der Berichte durch die Wahl ihrer führenden Männer zu Beisitzern anerkannt. Die Vorsitzenden beabsichtigen den Wunsch der Beisitzer nach Vertiefung ihrer Rechtskenntnisse durch Abhaltung von Vorlesungen zu erfüllen, welche noch in diesem Winter beginnen sollen.

# Treffpunkte am Sonntag

für die Beteiligung an der Besetzung des Gen. Luise Zieg  
Brig: 10 Uhr bei Kappert, Chaussee, Ecke Zahnstraße.  
Belken: 9 1/2 Uhr Antonplatz.  
Die Mitglieder des Schubert-Chors treffen sich um 10 Uhr am Eingang zur Untergrundbahn vor dem Stadthaus in der Klosterstraße.

# Wie es gemacht wird

## Schiebungen beim Wohnungsamt

Am 30. Januar d. J. fand eine sehr lehrreiche Gerichtsverhandlung vor der I. Strafkammer des Landgerichts I Berlin wegen Bestechung gegen den Wohnungsbeamten Zwid (Wohnungsinspektion 6, Schellingstr. 2), dem ehemaligen Wohnungsbeamten Buchholz (Wohnungsinspektion 2a, Potsdamer Str. 40), einem Schlepper dieser beiden Beamten, und dem Leiter der Wohnungsanstaltsgesellschaft „Wotana“, die neuerdings in die „Wotana“ umgetauft worden ist, Herrn Koebbed, an, die mit der Verurteilung des Zwid wegen Bestechung zu 8 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, des Buchholz wegen Bestechung mit 5 Monaten Gefängnis und 6 000 M. Geldstrafe des weiteren Schicksal hvm. Schepers der Wohnungsbeamten zu einem Monat Gefängnis und 1 000 M. Geldstrafe endete, während Herr Koebbed mangels ausreichender Beweise freigesprochen wurde. Die Anklage wurde von Herrn Staatsanwaltschaftsrat Dr. Berliner vertreten, der auf Grund amtlicher Feststellungen aus den beschlagnahmten Wohnungs- und Dringlichkeitslisten in seinem Plädoyer vorbrachte, daß sich mindestens ein Drittel aller Eintragungen in diese Listen als solche fingierter Namen herausgestellt hätten. Nun sei auch ersichtlich, wie es gemacht werde und gemacht werden könne, daß arme Leute keine Wohnungen erhalten, während derjenige, der sich die Sache Geld kosten lasse, stets und außer der Reihe in den Besitz jeder von ihm gewünschten Wohnung gelangen könne. Sobald nämlich einer der fingierten Namen in der Dringlichkeitsliste herangekommen sei, werde es so eingerichtet, daß jede zunächst freie Wohnung an Stelle des nicht mehr vorhandenen in der Liste getrichelten Namen Reflektanten dem betreffenden begünstigten Bewerber zugewiesen werde. In dem zur Anlage stehenden Fall war es ausnahmsweise geschehen, die Wohnungsbeamten in eine Falle zu locken und so den Nachweis der Bestechung, der sonst fast nie durch Zeugen zu erbringen ist, schwarz auf weiß zu erzwingen.

Die Strafe, die das Gericht über die schuldigen Angestellten verhängt hat, wird gewiß niemand als zu hoch bezeichnen. Dieses Urteil wird man aber auch mit dem vergleichen, das in der vorigen Woche gegen die wegen Bestechlichkeit angeklagten Vorstehenden und Beisitzer des Mietwohnungsamtes gefällt worden ist. Die dabei angewandte Milde war durchaus nicht am Platze, denn deren Treiben war genau so gemeingefährlich wie das der Angeklagten in dem oben behandelten Prozeß.

Die Betriebsräte der Wohnungsämter sind dauernd bemüht, gegen ungetragene Angestellte vorzugehen und diese auszuschließen. Nur selten können sie aber eingreifen, weil die Beschäftigten, natürlich nur Leute aus wohlhabenden Kreisen, nachdem sie Angestellte verlassen, selbst nichts zur Aufklärung tun. Bestechung ist ebenso verurteilenswert wie Bestechlichkeit.

# Der Kampf um die Buchhandlung

Wir erhalten folgende Zuschrift: „In der Angelegenheit der von Vertretern der kommunistischen Zentrale gegen mich unternommenen Gewaltmaßnahmen hat das Amtsgericht Berlin-Mitte auf meinen Antrag eine einstweilige Verfügung erlassen, wonach die Antragsgegner (Kemmele, Schmitt, Leow, Pried und Roslein) es zu unterlassen haben, a) die Geschäftsräume des Antragstellers in Berlin, Neue Schönhauser Str. 9, zu betreten, b) in die Rechtsphäre des Antragstellers widerrechtlich einzugreifen.“ Trotz dieser Verfügung, durch die der Versuch der kommunistischen Zentrale, mich aus meiner Buchhandlung Seehof u. Co. gewaltlos herauszuverdrängen, vereitelt wird, ist es mir aber nicht möglich, die widerrechtlich und gewaltsam geschlossene Buchhandlung wieder zu eröffnen, da Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, bei dem die Schätze und Besitz Schmitt die Schlüssel meiner Buchhandlung deponierten, sich weigert, sie mir wieder herauszugeben auf meine Aufforderung, mir die Schlüssel auszugeben. Ich erkläre er mir zu meinem Erstaunen, daß für ihn die einstweilige Verfügung nicht rechtsverbindlich sei, da darin nicht ausdrücklich die Aushängung der Schlüssel vorgeschrieben ist.

Da ich durch diese Handlungsweise Dr. Kurt Rosenfelds gehindert bin, das Verfügungsrecht über meine Buchhandlung zu erlangen, sehe ich mich genötigt, in dieser Angelegenheit an die Öffentlichkeit zu appellieren. E. Laub.

Die Verhandlungen über die Berliner Schauspielereforderungen schreiten. Die Verhandlungen zwischen Bühnentein und Bühnengewerkschaft sind gestern nachmittag gescheitert. Der Bezirksverband hat die Entscheidung auf Grund der Abstimmungsresultate in den einzelnen Theatern in die Hände des Präsidiums gelegt.

Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgegend am Sonntag. Zeitweise heiter, aber noch veränderlich, mit leichten Schneefällen und nordöstlichen Winden. Nachts strenger, am Tage mäßiger Frost.

# Tages-Notizen

- Theater. Die „Erbhohe“-Aufführung im Theater l. d. Königgräber Straße am Sonntag nachmittag fällt aus.
- Konkurrenz und anti-militärische Haltungen. Friedrich Stadtschreiber Sonntag, abends 7 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstr. 47-49.
- Wittgensteins. Sonntag, 7 1/2 Uhr, im Wittgensteinal Tanzsaal, Lindenstr.
- 7. „Milo“-Kammermusikabend (Musikischer Leiter: Fritz Windisch) (ausgenommen) Dienstag, 7 1/2 Uhr, „Sturm“-Aufführung, Potsdamer Str. 134 L. Erich Schuberger: Streichquartett Nr. 11 Hummel op. 10 mit Gefolge: Kammermusik-Quartett, Neue Villinger-Boas (Belag).
- Konkurrenz. Günterberg-Buchhandlung, Tauentzienstr. 5: Buchhandlung des Malers Franz Winkler und des Bildhauers Harald Zienlein. — Die Umstellung von Wandbüchern in den Räumen der gemeinnützigen Hauswirtschaftlichen Vereinigung, Blumenstr. 55, bis Ende Februar bei jedem Eintritt werktäglich 10—4 Uhr jebermann zugänglich.
- Der 11. Vortragsabend des Rosa Luxemburg-Vereins findet Sonntag, 8 Uhr, im „Grünen Saal“, Rühnenstr. 36, statt. Gäste: Rudolf Sieb, Peter Klenberg, Edgar von Tarn, Paul und Karl Kraus, Hans Robert (Theater) Charles-Denis Philippe und Alfred Döhl.

# Bereinskalender

Sonntag, 4. Februar

Verband der Post-Arbeiter. Die für Sonntag, den 5. Februar, angelegte Generalversammlung im Gewerkschaftshaus fällt wegen des ausgebrochenen Streiks aus.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo P. Berlin, Berlin-Striebeckstr. 10; Kommunistischer, Volklicher und Gewerkschaftlicher: A. G. Berlin; für den Parteipartei und gewerkschaftliche Mitteilungen: A. G. Berlin. — Druck des Berlin. — Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. M. B. H., Berlin. — Druck des Berliner Druckerei G. M. B. H., Berlin, E. L. Berlin, Straße 54.